

Ab jetzt...Bündnis für Deutschland, Partei für Demokratie durch Volksabstimmung - Volksabstimmung -



Arbeit
Frieden
Freiheit
Sicherheit
Gerechtigkeit

Ab jetzt...Bündnis für Deutschland, Partei für Demokratie durch Volksabstimmung, Kurzbezeichnung: Volksabstimmung
Dr. Helmut Fleck, Gneisenaustr. 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax 02241-52830
Weltnetzseiten: www.demokratie-durch-volksabstimmung.de, www.helmut-fleck.de
E-Post: Helmut-Fleck@helmut-fleck.de, Forum: <http://forum.helmut-fleck.de>

Siegburg, den 02.02.2008

Herrn
Professor Dr. Dr. h.c. Bert Rürup
Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
c/o Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden

Offener Brief von -demokratie-durch-volksabstimmung- an Professor Bert Rürup zur Serie in Bild über „ALTERS-ARMUT - Die bittere Wahrheit über unsere Rente und warum sie nicht reichen wird“ hier: Alternativ-Vorschläge von -demokratie-durch-volksabstimmung-

Sehr geehrter Herr Professor Rürup!

Eigentlich müßte ich Ihnen zur Wiederwahl als Vorsitzender des „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ durch die Mitglieder dieses Gremiums (fünf „Wirtschaftsweise“ zur Beratung der Bundesregierung) gratulieren.

Nachdem aber meine persönliche Altersrente seit Oktober 2003 allein durch die Erhöhung der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge monatlich um 25,24 Euro (302,88 Euro/Jahr) offensichtlich durch Ihren Rat gekürzt worden ist, kann ich das leider nicht. Nach Berechnungen des Sozialverbandes VdK ist für einen Rentner mit einer gesetzlichen Durchschnittsrente von 1.000 Euro und einer Betriebsrente von 300 Euro im Monat durch diese Beitragserhöhungen, Leistungsausgrenzungen, Rentennullrunden, Inflationsrate (1,7%) usw. die Jahresrente um eine komplette Monatsrente gekürzt worden (Die Welt 30.11.2006).

Als Bundesvorsitzender von **Ab jetzt...Bündnis für Deutschland, Partei für Demokratie durch Volksabstimmung**, Kurzbezeichnung: **Volksabstimmung**, sehe ich mich auch als Anwalt der kleinen Leute, der die Interessen unserer

- 40 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Mittelständler,
- 20 Millionen Rentner,
- 10 Millionen Kinder und Jugendlichen,
- 6 Millionen Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfänger,
- allein erziehenden Mütter und Väter und
- Minderheiten, z.B. der Behinderten, ...

vertritt und kann Ihnen deshalb auch nicht gratulieren. Ich hoffe, Sie haben Verständnis dafür.

„Jetzt wird Millionen von Arbeitnehmern klar, was demographischer Wandel und die deshalb notwendige Rentenreform für sie bedeuten: Sie müssen den Gürtel enger schnallen“, schreibt Bild am 28.01.2008. Bild nennt dann in der Serie (28.01.2008 - 02.02.2008) „die bitteren Fakten über unsere Rente und wie viel sie später nur noch wert sein wird. Heute kommen auf 100 Beitragszahler 43 Rentner. 2050 müssen 100 Beitragszahler bereits 91 Ruheständler versorgen. ...“ (Bild 28.01.2008). **„Ohne Zusatz-Vorsorge wird es nicht gehen!“**, sagen Sie Herr Professor Rürup (Bild-Interview 28.01.2008).

Die Serienbeiträge vom 29.01.2008 („So müssen Sie vorsorgen, wenn Sie zwischen 20 und 35 Jahre alt sind“), vom 30.01.2008 („So müssen Sie vorsorgen, wenn Sie zwischen 35 und 45 Jahre alt sind“), vom 31.01.2008 („Das können Sie noch für die Rente tun, wenn Sie zwischen 45 und 55 Jahre alt sind!“), vom 01.02.2008 („Das können die 60-Jährigen noch für ihre Rente tun!“) und der Bericht am 02.02.2008 über die BILD-Ratgeber-Aktion mit Experten der Verbraucherzentrale, AWD, Allianz-Versicherung, Postbank-Finanzberatung, Finanztest, Deutsche Vermögensberatung, Deutsche Rentenversicherung, ... („Wie kann ich mit 58 Jahren noch meine Rente?“) lesen sich wie ein Konjunkturprogramm für die Versicherungswirtschaft auf Kosten der 40 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Mittelständler. Die von der Politik Gebeutelten erhalten Tipps, was sie mit „Riester-Rente“, „Rürup-Rente“ und sonstigen Sparplänen gegen ALTERS-ARMUT noch tun können. Jeder noch verfügbare Euro wird ihnen so aus der Tasche gezogen. **Für die Familie und für Kinder bleibt da nichts mehr übrig.**

So kann doch nicht Politik aussehen, Herr Professor Rürup!

Stimmt es, was man unter den folgenden Links über Sie schreibt?

<http://www.competence-site.de/presse.nsf/0/d16025fc8cd02e52c1256f9400508a66?OpenDocument>

http://www.nachdenkseiten.de/cms/front_content.php?client=1&lang=1&idcat=10&idart=1367

http://www.mea.uni-mannheim.de/mea_neu/start.php?page=board&language=D

Ich will darauf hier nicht näher eingehen und nur auf einen Beitrag Ihres Kollegen Professor Dr. Christoph Butterwegge „**Demografischer Wandel und Generationengerechtigkeit (Thesen)**“ hinweisen:

<http://www.christophbutterwegge.de/vu/> und dort unter „Texte im Netz“ anklicken (hier gebe ich wörtlich ein paar Sätze auszugsweise aus dem Beitrag wieder):

„Die demografische Entwicklung, d.h. die Veränderung der Bevölkerungs- und Altersstruktur, kann nur bis zu einem bestimmten Grad wissenschaftlich exakt prognostiziert werden. ... Mit dieser Form der Mathematik bzw. Statistik wird ganz gezielt Politik gemacht. ... Statt darüber zu diskutieren, wie aus einer Verschiebung der Altersstruktur erwachsene Schwierigkeiten solidarisch bewältigt werden, missbraucht man die angeblich drohende „Vergreisung“ zur Durchsetzung von Renten- und Sozialkürzungen. ... In der öffentlichen Wahrnehmung erscheint die demografische Entwicklung vorwiegend als Krisen- bzw. Katastrophenszenario, das zu einer Anpassung der sozialen Sicherungssysteme (Kürzung von Leistungen, Verschärfung von Anspruchsvoraussetzungen und Privatisierung von Risiken) zwingt. Meist wird die demografische Entwicklung dramatisiert, denn auf diese Weise legitimiert sie den Um- bzw. Abbau des Sozialstaates, Rentenkürzungen und andere Maßnahmen. Demografie fungiert dabei als Mittel der sozialpolitischen Demagogie. Die Höhe der Renten hängt aber nicht von der Biologie, sondern der Ökonomie und der Politik ab. Entscheidend ist, wie viel gesellschaftlichen Reichtum eine Volkswirtschaft erzeugt und auf wen, d.h. auch auf welche Altersgruppen, man ihn verteilt. Bei einer stagnierenden bzw. künftig sogar sinkenden Bevölkerungszahl müsste im Falle eines nicht mehr explosionsartig, aber recht kontinuierlich wachsenden Bruttoinlandsprodukts für alle genug da sein. ...“.

Was sagen Sie zu den Thesen Ihres Kollegen Butterwegge, Herr Professor Rürup?

Unsere Antworten, also die von „**Ab jetzt...Bündnis für Deutschland, Partei für Demokratie durch Volksabstimmung**“, Kurzbezeichnung: **Volksabstimmung**, auf den „**demographischen Wandel**“ finden Sie in unserem beim Bundeswahlleiter hinterlegten Grundsatzprogramm (dort beim Bundeswahlleiter, im Statistischen Bundesamt, wo auch Sie mit Ihrem Sachverständigenrat untergebracht sind, abrufbar unter: www.bundeswahlleiter.de bzw. www.destatis.de oder auch von unseren Internetseiten: www.demokratie-durch-volksabstimmung.de bzw. www.helmut-fleck.de abrufbar):

„Diese unverantwortliche Politik treibt die Lohnnebenkosten hoch **und verteuert die Arbeit**, weil im gegenwärtigen System alle Kosten nur dem Produktionsfaktor „Arbeit“ aufgebürdet werden. Die „Arbeit“ wird sogar doppelt belastet (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteile). Kapital- und andere Einkünfte bleiben völlig verschont. Wer Arbeitslosigkeit beseitigen will, muß hier ansetzen. Wir fordern deshalb, daß aus allen Einkünften, u. a. aus den riesigen Zinseinkünften der Banken infolge der Verschuldung des Staates, der Wirtschaft und der Privathaushalte, ins „Soziale Netz“ Beiträge solidarisch eingezahlt werden. **Die Einkünfte der Kapital- u. Personengesellschaften, der Freiberufler, Bezüge der Manager, Politiker und Beamten müssen genauso zur Finanzierung des Sozialstaates herangezogen werden wie die**

Gehälter der Angestellten und Löhne der Arbeiter (Schweizer Modell). Wenn alle Einkünfte gleich behandelt werden, sind Arbeitslosigkeit und Schwarzarbeit kein Thema mehr. ...

und weiter im Abschnitt Arbeit und Soziales des Grundsatzprogramms von „Volksabstimmung“:
„Aus allen Einkünften müssen Beiträge ins „Soziale Netz“ gezahlt werden !“ Das Recht auf Arbeit ist ein Grundrecht und muß in das Grundgesetz aufgenommen werden. Es müssen ausreichend Ausbildungs- und Arbeitsplätze für junge Menschen zur Verfügung gestellt werden. Wir können es uns auch nicht leisten, die ältere Generation mit 55 oder 60 Jahren als Globalisierungsoffer in den Vorruhestand zu schicken. Die Arbeitslosigkeit kann mit den in den Abschnitten „Wirtschafts- und Verkehrspolitik“ und „Finanz- und Steuerpolitik“ genannten Programmpunkten sicher innerhalb von 4 Jahren (einer Legislaturperiode) auf einen Grundzustand von ca. 500.000 (Vollbeschäftigung) zurückgeführt werden, wenn die Lohnnebenkosten, wie eingangs beschrieben, gesenkt werden. Die Doppelbelastung des Faktors Arbeit durch die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteile muß sofort beseitigt werden. Der Faktor Arbeit muß **ganz** um die Arbeitgeberanteile zur Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung entlastet werden. Diese Anteile in Höhe von rd. 185 Milliarden Euro (Der Spiegel 11/03) müssen andere Einkunftsarten tragen, u.a. die **Kapitaleinkünfte, die Zinseinkünfte der Banken infolge der Verschuldung des Staates. Die Einkünfte der Kapital- u. Personengesellschaften, der Freiberufler, die Bezüge der Manager, Politiker u. Beamten müssen genauso zur Finanzierung des Sozialstaates herangezogen werden wie die Gehälter der Angestellten/Löhne der Arbeiter. Gleichbehandlung von Kapital und Arbeit (Schweizer Modell)**. „Arbeitsplätze werden fast nur im mittelständischen Bereich geschaffen, d.h. in Kleinbetrieben von Handwerk, Handel und Dienstleistung. Diese Betriebe müssen deshalb vorrangig gefördert werden, von Bürokratie, Steuern und Abgaben entlastet werden.“

Im Wahlprogramm von „**Ab jetzt...Bündnis für Deutschland, Partei für Demokratie durch Volksabstimmung**“, Kurzbezeichnung: **Volksabstimmung**, werden zur Arbeitsmarkt- und Familienpolitik folgende Vorschläge gemacht (siehe auch auf der Internetseite: www.demokratie-durch-volksabstimmung.de bzw. www.helmut-fleck.de):

1. So sollte für Arbeitsplätze gesorgt werden:

- den Mittelstand fördern, weil der die meisten Arbeitsplätze schafft,
- Sozialversicherungsbeiträge (Kosten des „Sozialen Netzes“) aus Steuern finanzieren,
- zur Finanzierung des „Sozialen Netzes“ müssen alle Einkommen beitragen, auch das Kapital (Schweizer Modell), so könnten wir die Personalnebenkosten halbieren und **2 Millionen** Arbeitsplätze schaffen (Senkung der Personalnebenkosten um 1% schafft 100.000 Arbeitsplätze),
- Wirtschaftsförderung für die Arbeit zur Finanzierung der Personalnebenkosten einsetzen, nicht für das Kapital, **so werden wir EU- und weltweit konkurrenzfähig**,
- wenn in den kommunalen Haushalten nur 4 % zur Finanzierung von Arbeit eingespart werden und die Agentur für Arbeit den gleichen Betrag beisteuert, könnte die Arbeitslosigkeit kurzfristig halbiert werden und sogar Vollbeschäftigung erreicht werden,
- nur Investitionen im Inland dürfen von der Steuer abgesetzt werden,
- Arbeitsplätze schaffen, von denen man mit seiner Familie in Würde (Art. 1(1) GG) leben kann, keine Dumping- oder Mindestlöhne sondern **faire Tariflöhne** müssen gezahlt werden.

2. So sollte Familienpolitik gemacht werden:

Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung (Artikel 6 (1) Grundgesetz).

- kinderreiche Familien müssen weitgehend von Steuern und Sozialabgaben befreit werden,

- nur wer Kinder **großzieht**, leistet den **generativen** Beitrag in die Rentenkasse und soll deshalb geringere Beiträge in die Rentenkasse einzahlen als Kinderlose,
- für die notwendigen Kindergärten- und Kinderkrippenplätze sorgen, die voll aus Steuern aller Einkommen finanziert werden, auch aus den Gewinnen des Großkapitals,
- wenn die Menschen Arbeit haben, sind zerrüttete Ehen, verwahrloste Kinder und Kinderarmut kein Thema mehr, ebenso die meiste Kriminalität (Alkohol, Drogen, ...).

Und im Wahlwerbespot von „**Ab jetzt...Bündnis für Deutschland, Partei für Demokratie durch Volksabstimmung**“, Kurzbezeichnung: **Volksabstimmung**, machen wir ganz kurz gefasst folgende Vorschläge (siehe auch auf der Internetseite: www.demokratie-durch-volksabstimmung.de bzw. www.helmut-fleck.de):

So könnte die Arbeitslosigkeit kurzfristig halbiert und Vollbeschäftigung erreicht werden:

- Sozialversicherungsbeiträge **voll** aus Steuern finanzieren,
- zur Finanzierung des „**Sozialen Netzes**“ müssen **alle** Einkommen beitragen - auch das **Kapital** (Schweizer Modell),
- Wirtschaftsförderung für **Arbeit** einsetzen - **nicht** für das **Kapital**.

Wenn in den **Haushalten der Kommunen nur 4% zur Finanzierung von Arbeit** eingespart wird und die „**Agentur für Arbeit**“ den gleichen Betrag beisteuert, könnte die Arbeitslosigkeit halbiert werden.

Wählen Sie:

**Ab jetzt...Bündnis für Deutschland, Partei für Demokratie durch Volksabstimmung,
- Volksabstimmung -**

Was sagen Sie zu unseren Vorschlägen zur Lösung der sozialen Probleme aus dem „demographischen Wandel“, Herr Professor Rürup?

Unsere Volkswirtschaft wächst. Die großen Kapitalgesellschaften machen **jährlich Milliarden Gewinne:**

- 3 Meldungen in Bild vom 25.01.2008: Allianz: 8 Milliarden Euro Gewinn, Nokia: 7,2 Milliarden Euro Gewinn, Siemens: 6,5 Milliarden Euro Gewinn,
- Meldung in Bild am 01.02.2008: Shell: 6,7 Milliarden Euro Gewinn,
- unsere Banken kassieren täglich eine Milliarde Euro Zinsen, also 365 Milliarden Euro im Jahr. ...

Sie alle zahlen nichts ins „Soziale Netz“ ein! Was sagen Sie dazu, Herr Professor Rürup? Ist das gerecht?

Das Kapital erhält jährlich in **3-stelliger Milliarden-Höhe Subventionen (Wirtschaftsförderung)** aus der EU, aus dem Bundeshaushalt, aus den Länderhaushalten und aus den Haushalten der Kreise, Städte und Gemeinden. 80 Milliarden Euro werden jährlich von den alten in die neuen Bundesländer geschoben - seit 18 Jahren. Die Arbeitslosigkeit ist dort aber doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern? Wer kassiert das Geld? Antwort: „Das Kapital - warum wird nicht mindestens die Hälfte des Betrages zur Senkung der Personalnebenkosten eingesetzt?“

Von den rund 25 Milliarden, die wir Steuerzahler jährlich als EU-Beiträge aufbringen, fließt etwa die Hälfte wieder als Subvention (Wirtschaftsförderung) zurück. Wer kassiert diese Gelder? Antwort: „Auch diese 12,5 Milliarden Euro kassiert das Kapital - warum wird nicht mindestens die Hälfte des Betrages zur Senkung der Personalnebenkosten eingesetzt?“

Auch die Subventionen (Wirtschaftsförderung) aus den Haushalten der Bundesländer, der Kreise, Städte und Gemeinden kassiert ausschließlich das Kapital - warum wird nicht mindestens die Hälfte des Betrages zur Senkung der Personalnebenkosten eingesetzt?“

Was sagen Sie dazu, Herr Professor Dr. Rürup?

In Rumänien kostet die Arbeitsstunde **1,90 Euro, bei uns 28,17 Euro** (siehe Bild am 19.01.2008 „**Nokia-Krise - Die 5 Wahrheiten**“).

Von 1,90 Euro/Stunde kann man in Rumänien sicher gut leben, bei uns reichen 28,17 Euro/Stunde nicht.

Woran liegt das, Herr Professor Rürup? Wie finanzieren andere Länder in der EU, Rumänien, ... oder die Schweiz, ... das „Soziale Netz“, Herr Professor Rürup? Sicher nicht wie wir! Die Schweiz finanziert es wie wir von „Volksabstimmung“ (siehe vorne) vorschlagen. Ihre Kollegin im Sachverständigenrat, Frau Professor Dr. Beatrice Weder di Mauro wird Ihnen das sicher bestätigen. Kann sie sich bei Ihnen im Sachverständigenrat kein Gehör verschaffen, Herr Professor Rürup?

Wenn wir die Kosten des „Sozialen Netzes“ sozial gerecht auf **alle** Einkunftsarten verteilen, können wir sofort unsere Personalkosten halbieren und werden EU- und weltweit konkurrenzfähig. 1% weniger Personalnebenkosten würden 100.000 Arbeitsplätze schaffen und erhalten, hat mal ein Bundestagsabgeordneter in der Runde bei Christiansen gesagt.

Warum schlägt der „Sachverständigenrat“ („Wirtschaftsweise“) nicht solche Sozial- und Wirtschaftspolitik vor, Herr Professor Rürup?

Mit freundlichen Grüßen

Dr.-Ing. Helmut Fleck

Ab jetzt...Bündnis für Deutschland, Partei für Demokratie durch Volksabstimmung
-Volksabstimmung-

PS:

Mit „Volksabstimmung“ sind wir parteiübergreifend neutral, sind weder „links“ noch „rechts“.

Wir sind die „Mitte“! „Die Mitte ist da, wo es „Volksabstimmung“ gibt!“

Unsere Mitglieder und Wahlbewerber stehen für Basisdemokratie nach dem Vorbild der Schweiz, wie im Grundgesetz in Artikel 20 (2) vorgeschrieben.

Die Parteien sollen bei der politischen Willensbildung des Volkes nur mitwirken (siehe Artikel 21 (1) Grundgesetz).

Wir haben natürlich auch Vorstellungen, wie die vorhandenen Probleme gelöst werden könnten, also wie für Arbeitsplätze und wie für unsere Rente gesorgt werden sollte (siehe vorne), wie Familienpolitik gemacht werden sollte oder wie solide Haushalts- und Finanzpolitik gemacht werden sollte (siehe unser Grundsatz- und Wahlprogramm).

Unsere 3 wichtigsten Ziele:

- Demokratie durch Volksabstimmung in Deutschland verwirklichen,
- für Ausbildungs- und Arbeitsplätze sorgen, von denen man mit seiner Familie in Würde leben kann (siehe Artikel 1 (1) Grundgesetz),
- kinderfreundliche Politik machen.

Wir machen aber nur Vorschläge gemäß Artikel 21 (1) Grundgesetz, das Volk soll entscheiden (Artikel 20 (2) Grundgesetz).

**Ab jetzt...Bündnis für Deutschland, Partei für Demokratie durch Volksabstimmung - Volksabstimmung -
Stadtverband Siegburg, Kreisverband Rhein-Sieg**

Parteivorsitzender und Mitglied im Rat der Kreisstadt Siegburg und Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises:
Dr. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax: 02241-52830, Mobiltelefon: 0170 620 5691